

# Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kötter.  
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei  
in Limburg a. d. Rhn.

Wagenpreis: die 6-spaltige 2-Blattseite oder deren  
Raum 70 Hg. Die 91 mm breite Werbeanzeige 2.10 RM.  
Abonn. wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.  
Ausgaben: Montag bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 158

Limburg, Dienstag, den 13. Juli 1920.

83. Jahrgang

## Die Abstimmung im Osten Ein großer deutscher Sieg.

Berlin, 12. Juli. (W.B.) Das vorläufige Ergebnis der Abstimmung für Westpreußen ist: Abgegebene Stimmen 99.316, davon 91.834 Stimmen für Deutschland und 7682 Stimmen für Polen. Somit 92 Prozent deutsch. In Ostpreußen wurden 361.063 Stimmen abgegeben, davon 353.655 deutsch und 7400 polnisch, somit etwa 97,9 Prozent deutsch.

Berlin, 10. Juli. (W.B.) Nach einer Mitteilung des Obersten Rates aus Paris haben die interalliierten Kommissionen in Allenstein und Marienwerder die Befragung erhalten, daß zwischen den von auswärtigen kommenden und im Abstimmungsgebiet wohnhaften Wählern in Bezug auf die Wertung der abgegebenen Stimmen keinerlei Unterschied gemacht werden soll.

## Spaa.

Spaa, 10. Juli. (W.B.) In der heutigen Nachmittagsitzung der Konferenz erklärte Millerand im Namen der Alliierten, daß die Entente es für höchst wünschenswert halte, daß man sich mit Deutschland durch Sachverständigenberatungen über die Kohlenfrage so rasch als möglich einigge. Er schlug deshalb den Zusammentritt von beiderseitigen Sachverständigen zu Kommissionsberatungen vor. Die deutsche Delegation stimmte zu. Die beiderseitigen Sachverständigen trafen sofort zusammen. Nach der Pause machte Minister Dr. Simons längere Ausführungen über die Wiedergutmachungsfrage und erklärte sich bereit, die deutschen Vorschläge schriftlich in kürzester Frist, voraussichtlich bis morgen Abend vorzulegen. Die Sitzung wurde darauf auf Sonntag nachmittag 5½ Uhr zur Entgegennahme der Berichte der Kohlenkommission vertagt.

Spaa, 11. Juli. (W.B.) Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende Ministerpräsident Delacroix mit, daß der britische Ministerpräsident Lloyd George unglücklich sei und daß daher die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern beraten hätten, bis zur morgigen Sitzung verschoben werde. Er richtete daher an die deutschen Delegierten die Frage, ob sie bereit seien, die von ihnen für heute nachmittags vorgelegten Wiedergutmachungsvorschläge anzulegen. Reichsminister Dr. Simons erwiderte, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge seien fertiggestellt und hätten der Konferenz im Laufe dieses Nachmittags zugehen sollen. Er habe indessen unmittelbar vor der Sitzung erfahren, daß bei den Kommissionsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Sachverständigen, für die Kohlenfrage keine Einigung erzielt worden sei. Wegen der grundlegenden Bedeutung der Kohlenindustrie für das deutsche Wirtschaftsleben sei die deutsche Delegation nicht in der Lage, Vorschläge für die Wiedergutmachung vorzulegen, solange die Kohlenfrage unerledigt sei. Ministerpräsident Millerand erklärte, daß ihn diese Mitteilung beunruhige. Er verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen, betonte indessen, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen erst morgen erfolgen werde und erbat erneut um Überreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge. Reichsminister Dr. Simons führte darauf aus, daß nach dem von Herrn Millerand vertretenen Standpunkt von Deutschland monatlich das Zweieinhalbfache des im deutschen Kohlenwirtschaftsplan angeführten Kohlenquantums verlangt werde, wonach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfs verbleiben werde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung für den Zweck einer internen Besprechung der deutschen Delegierten auf kurze Zeit vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Reichsminister Dr. Simons, daß die deutschen Delegierten angesichts der Versicherung der Herren Millerand und Delacroix, daß die Entscheidung in der Kohlenfrage erst morgen fallen werde, beschlossen habe, die deutschen Wiedergutmachungsvorschläge zu überreichen und händigte mehrere Exemplare derselben dem Generalsekretär der Konferenz ein. Er ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage an der Hand dieser als ein unteilbarer Plan anzusehender Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen, und vorläufig eine Entscheidung in letzterer auszusprechen. Weiter betonte der Minister, daß nach Auffassung der deutschen Delegierten der Zweck der Konferenz von Spaa der sein sollte, anstelle der einseitigen Festsetzung der deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrage in Gemäßheit des Art. 233 durch die Wiedergutmachungskommission eine Festsetzung auf Grund neuer gegenseitiger Aussprache treffen zu lassen. Ministerpräsident Millerand entgegnete unter Berufung des in San Remo gefassten Beschlusses, daß der Vertrag von Versailles einschließlich des Artikels 233 die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten bleibt. Die Sitzung wurde darauf auf Montag vormittag 11 Uhr vertagt.

## Die Wiederherstellungsvorlage.

Spaa, 11. Juli. (W.B.) Der heute vorgelegte Plan für die sachlichen Leistungen gemäß Artikel 236 und Anlage 4 zu Teil A des Friedensvertrages befaßt: a) Deutschland ist auf Grund des Artikels 236 und der Paragraphen 1-4 der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages verpflichtet, zum Zweck der unmittelbaren Wiederherstellung der vom Kriege betroffenen Gebietsteile der Alliierten und Assoziierten diesen näheren Bestimmungen Wiedergutmachungsmaterial zu liefern dessen Wert in die Wiedergutmachungsschuld angetrech-

net wird. Der Wiedergutmachungsausschuss hat diese Lieferungen noch nicht festgelegt. Der deutschen Regierung sind bisher lediglich die Anforderungslisten der beteiligten Staaten zur Aneuerung mitgeteilt worden. Diese Listen, die die verschiedenen Gegenstände, vom Eisenblech an über jede Art von Rohstoffen, industrielle Erzeugnisse bis zu ganzen Fabriken umfassen, haben eine eingehende Durchprüfung erfordern, die im Augenblick beendigt ist, jedoch die darüber mit dem Wiedergutmachungsausschuss zu führenden Verhandlungen demnächst beginnen können. Dabei wird genau festzustellen sein, welche Lieferungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig angeordnet werden und welche mit Rücksicht auf seine Wirtschaftslage infolge Mangels an Rohstoffen ganz oder zum Teil unausführbar sind. Um eine möglichst vollständige und reibungslose Durchführung der Lieferungen sicherzustellen, erscheint folgender Plan zweckmäßig:

1. Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art: a) Soweit die Bestellungen speziell Material betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergabe durch die Fachverbände der Industrie. Die Liste der bereits bestehenden Fachverbände ist aus der als Anlage beigefügten Übersicht über den Aufbau des Reichsverbandes zu ersehen. b) Soweit es sich um Massenartikel, sogenannte Katalogware, handelt, an deren Herstellung auch Handel und Kleingewerbe beteiligt ist, werden die Lieferungen durch eine Ausgleichsstelle an die einzelnen Länder des Reiches verteilt. Die Länder vergeben die Lieferungen durch besondere Auftragsämter an die Industrie und Handwerk. Solche Auftragsämter sind errichtet oder in der Bildung begriffen in Preußen, das außerdem Zweigstellen für die einzelnen Provinzen einrichten wird, in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und in den Hansestädten. Sowohl die Länder als auch die Fachverbände werden auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag vom 31. August 1919, Reichsgesetzblatt II (1530) zu Lieferverbänden bestimmt und können als solche im Notfalle im Zwangswege zur Bewirkung der angeforderten Leistungen angehalten werden. Außerdem übernehmen sie die Haftung für die tatsächliche Ausführung.

2. Die Sachlieferungen sind zum Weltmarktpreise zu beschaffen, damit die Auftragsämter und die Fachverbände den gestellten Anforderungen gerecht werden können. In welchem Umfange und in welcher Weise die Anrechnung der Sachlieferungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt.

3. Die Spezialaufträge werden zwischen den mit der Verteilung beauftragten Stellen und den Verbänden der liefernden Unternehmer einerseits durch die von der deutschen Industrie geschaffene Verteilungsstelle für Wiedergutmachungsaufträge andererseits vermittelt. Die Übermittlungsstelle ist bereits eingerichtet und befindet sich in Frankfurt a. Main, Gutfeldstraße 8. Die Art, wie die verschiedenen Fachverbände und Regierungsstellen mit der Behörden und Interessensvereinigungen der beschädigten Länder zusammenarbeiten, ist näher festzustellen.

## Die Kriegsvergehen.

Spaa, 10. Juli. (W.B.) Bei den gestrigen Verhandlungen über die Frage der Kriegsvergehen hat der deutsche Justizminister Heinze dargelegt, daß von der deutschen Regierung in der Frage der Kriegsschuldigen verschiedene Verhaftungen geplant, aber noch keine erfolgt seien.

London, 10. Juli. (W.B.) Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß die alliierten Regierungen von der deutschen Regierung die Auslieferung von 892 Personen forderten, die in einem Verzeichnis namentlich aufgeführt seien. Allerdings hätten die Alliierten der deutschen Regierung zugestanden, einen Teil dieser Leute von dem Reichsgericht in Leipzig aburteilen zu lassen.

## Die Rede des Großindustriellen Stinnes.

Spaa, 10. Juli. (W.B.) Die Rede Hugo Stinnes in der heutigen Vormittagsitzung der Konferenz hatte folgenden Wortlaut:

Ich spreche stehend, damit ich meinen Zuhörern frei ins Auge sehen kann. Sie werden mir gestatten, freimütig zu sprechen. Herr Millerand hat gestern erklärt, daß er aus Courtesy bereit sei, die deutschen Vertreter zu hören. Wer nicht von der Siegerkrankheit unheilbar befallen ist, weiß doch es mit den jetzt üblich gewordenen Diskussionen nicht getan ist. Sie sind das Ohr, durch das Europa ja, die ganze Welt hören wird, was wir als Deutsche in einer europäischen Lebensfrage, die ohne unsere tatkräftige Mitwirkung nicht zu lösen ist, zu sagen haben. Ich spreche somit aus natürlichem Recht, nicht aus Höflichkeit gebildet, hier oder anderswärts. Die Zahlen des Herrn Millerand kann ich, soweit sie Frankreich betreffen, nicht anerkennen, auch nicht zahlenmäßig bestritten. Soweit sie sich auf den Versorgungsgrad Deutschlands beziehen, der zu 79 Prozent im allgemeinen, zu 65 Prozent in der Eisenindustrie angegeben wird, sind sie unrichtig. Als deutscher Industrieller weiß ich das aus eigenen vielgestaltigen Betrieben, daß die Versorgung leider nicht annähernd 30 Prozent beträgt. Anerkennen muß ich, daß die französischen Versorgungsverhältnisse ebenfalls untragbar schlecht sind und daß, abgesehen vom Friedensvertrag von Versailles, der zwar ein Recht geschaffen hat, aber ein einem armen, ausgehungerten Volk abgeprehtes Recht, ein gleichsam natürliches Anrecht auf französischer Seite besteht, daß jeder deutsche Unternehmer und Arbeiter das Recht hat, um dem im Kriege erfolgreichen Frankreich aus seinem fähigen Zustand zu helfen. Wir erkennen an, daß

im so mehr Veranlassung zu größter Anstrengung vorhanden ist, als viele französische Gruben im Norden und im Pas de Calais zerstört worden sind, systematisch, wie Herr Millerand gestern sagte, aber nicht aus Niedertracht oder Vandalismus, sondern aus einer klar erkannten militärischen Notwendigkeit, sind doch 1914/15 die deutschen oberflächlichen Gruben fast nur durch ein Wunder dem gleichen Geschick entgangen. Wir haben gestern Vorwürfe gehört über unerhört rechtswidrige Handlungsweise betreffs der Kohlenlieferungen von deutscher Seite. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Ein Rechtsanspruch auf Kohlenlieferungen vor dem 1. Januar 1920 plus 120 Tage, das heißt also 10. Mai 1920, bestand überhaupt nicht, was vorher geliefert worden ist, geschah aus einem natürlichen Rechtslichkeitsempfinden heraus, das sich jetzt als falsche Sentimentalität erweist. Wir haben zu liefern entsprechend den Anforderungen der Reparationskommission, was über die dringenden Bedürfnisse des deutschen Wirtschaftslebens hinaus erfüllt werden kann, und zwar zurzeit im Ausmaße bis zu 39,5 Millionen Tonnen jährlich ohne Luxemburg, eine vollständig unmögliche Ziffer. Im Frühjahr 1920 betrug die Förderung im Ruhrgebiet, das für die unmittelbare Versorgung Frankreichs ausschlaggebend ist, rund 220.000 T. täglich. Sie ist jetzt auf 285.000 Tonnen täglich gestiegen. Damals wurde schon in der Erkenntnis der folgenden Entwicklung seitens der Bergwerksbesitzer im Einvernehmen mit den Gewerkschaften der deutschen Regierung eine Siedelung von Bergleuten in den Bergwerksbezirken in einem bisher niemals bekannten Umfange vorgeschlagen. Allein im Ruhrgebiet sollen circa 600.000 Familien angesiedelt werden. Die Unkosten werden sich auf über 6 Milliarden Mark belaufen, davon sicher 5 Milliarden nicht dauernde Werte infolge der herrschenden Teuerung, also ein gewaltiger Verlust, um eine gesteigerte Belieferung Frankreichs zu ermöglichen. Die Siedelung geht, abgesehen von den Mängeln der ersten Organisation, nicht flott von statten, weil es wegen des Kohlenmangels in Deutschland an Baustoffen aller Art mangelt. Auch mangelt es an Geld. Da die Hebung der Förderung nicht schnell genug durch Heranziehung neuer Arbeitermengen in die Kohlenindustrie mangels Wohnungsverhältnisse möglich war, entschlossen sich nach mühevollen Verhandlungen im Februar 1920 die Unternehmer und Arbeiter, anstatt der von letzteren schärflich gewünschten Arbeitszeit eine solche von 8 und 10 Stunden im Wege der Überbrückung auf sich zu nehmen, Überbrückungen die mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt werden. 21 Millionen Tonnen, die heute als Grundstock der monatlichen Lieferungen an die Entente anzusehen sind, wurden ermöglicht durch die Überarbeit deutscher Bergleute, deren Ernährungszustand nach vierjähriger Hungerblase schlecht ist, deren Familien heruntergekommen, abgerissen sind. Zurzeit sind wieder Verhandlungen im Gange, um noch mehr Überarbeit zu leisten, täglich eininhalb Stunden, wodurch eine weitere beträchtliche Steigerung sofort eintreten würde. Nur wer weltfremd ist, wird glauben können, daß die freiwillige, mit rohen Gewaltmitteln nicht erzwingbare Mehrarbeit in erster Linie mit verwandt werden muß, um in Deutschland die verheerende Arbeitslosigkeit einzudämmern und den deutschen Arbeitern insgesamt eine halbwegs lebenswerte Existenz zu ermöglichen. Wir fassen demnach als Realisten auch die Möglichkeit ins Auge, daß wir Sie davon nicht überzeugen können, daß durch uns das Neueste getan ist, sodaß Sie zur Gewaltanwendung schreiten, zur Besetzung des Ruhrgebiets oder dergleichen, selbst wenn dieser Gewaltakt mit Schwarzen ausgeführt werden sollte, bei deren Anblick der Träger der Gewalt sich jedes weiße und deutsche Herz empört. So kann weder für Frankreich noch für Europa etwas genutzt werden. Die Siedelung wird mangels Baumaterials zum Stillstand kommen, neue Arbeiter werden nicht einströmen. Der jetzige Zustand der europäischen Kohlennot, dem etwa in drei Jahren abgeholfen werden könnte, wird in Permanenz erklärt und damit der Zustand wirtschaftlicher europäischer Ohnmacht wegen Rohstoffverknappung. Alle auf Europa fahrenden Schiffe werden mangels Kohlenausfracht nur einseitig beladen sein. Eine unendliche Erschwerung hat die Kohlenfrage durch die geistige Entscheidung der militärischen Frage erhalten. Daraus werden Unruhen schlimmster Art entstehen. Die Folgen des Produktionsausfalles werden auf Sie in erster Linie zurückfallen. Das Kohlenproblem auf dem Kontinent ist ein einheitliches. Die Ruhr und Oberschlesien sind nicht voneinander zu trennen. Wir sind bereit, mit bestem Willen mit Ihnen zu überlegen, wie wir Ihnen schnell und gründlich helfen können. Ein Diktat können wir nicht annehmen. Dazu steht auf Grund unserer Vorleistung, auch auf Grund unseres Friedensvertrages uns das Recht zur Seite. Aus sachlichen und rechtlichen Gründen sind die Punkte 1 bis 4 Ihres Kohlenentscheidendes unannehmbar.

## Die Rede Hué.

Spaa, 11. Juli. (W.B.) Die Rede Hues in der (Sonabend)Vormittagsitzung der Konferenz lautete:

Ich will darauf verzichten, auf die Zahlen, die Herr Millerand gestern genannt hat, einzugehen, wie ich mich überhaupt einer großen Kürze befleißigen werde. Ich wünsche, daß wir die Ziffern, die uns Herr Millerand gegeben hat und die Herr Stinnes ja ebenfalls zum Teil ergänzt hat, in einer Kommission von Sachverständigen beraten.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß wie mir aus Besprechungen und den Zeitungen bekannt ist, daß in Frankreich eine erhebliche Kohlennot herrscht. Es ist aber auch zweifellos, daß die von Herrn Ministerpräsident Millerand angegebenen Ziffern die Kohlenversorgung in Deutschland zu günstig erscheinen lassen. Wir deutschen Bergarbeiter-Delegierten sind der Überzeugung, daß wir die Kohlennot als internationales Übel nur durch internationales Zusammenarbeiten aller in

Frage kommenden Faktoren lösen können. Wir haben unter uns genau überlegt, und wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß die Ausführung des Vorschlages Millerands keine Befestigung der internationalen Kohlennot bedeuten, sondern das Uebel nur noch verschlechtern würde. Wir sind also zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Vorschlag praktisch undurchführbar ist, und haben deswegen eine besondere Durchberatung in einer Kommission gewünscht.

Trotz ihrer starken Unterernährung und der dadurch hervorgerufenen Morbidität und Mortalität haben sich die deutschen Bergarbeiter in diesem Frühjahr entschlossen, durch das Fahren von Ueberhörschichten die Kohlennot im eigenen Lande zu vermindern und die Ablieferung an die Entente möglichst durchzuführen zu lassen. Die deutschen Bergbau-Unternehmer haben zwar vorgeschlagen, daß die Arbeitszeit regelmäßig weiter verlängert werden sollte. Aber es ist einfach ausgeschlossen, daß eine weitere Verlängerung der regelmäßigen Schicht eintreten kann, sondern die deutschen Bergarbeiter haben wie die englischen und amerikanischen Bergarbeiter als Ziel die sechsstündige Schichtarbeit, weil sie der Überzeugung sind, durch die sechsstündige Schicht nicht die Kohlenförderung zu schädigen, sondern sie sogar mit der Zeit zu heben.

Die entscheidende Frage, mit der wir an die Erörterung der Erhöhung treten, ist: Wie machen wir die Bergarbeiter leistungsfähiger und wie machen wir sie arbeitsfreudiger? Wir können hier beschließen, was wir wollen. Eine Konferenz von Diplomaten kann beschließen, was sie will. Letzten Endes wird in den Bergbauzentren darüber entschieden, wie die Förderungserhöhung möglich ist und wie sie überhaupt vor sich gehen soll. Aus diesem Grund werden Zwangsmassregeln oder auch nur Androhung von Zwangsmassregeln nur das Gegenteil von dem beabsichtigten Zweck erreichen. Darüber sollte man sich von vornherein klar sein, um zu einer Verständigung zu kommen.

Wir deutschen Bergarbeiter-Delegierten sind der Einladung nach Spaa gern gefolgt, in der Hoffnung, hier mit den Vertretern anderer Länder zu verhandeln, nicht allein zum Zweck des Wiederaufbaues Frankreichs, sondern der ganzen Welt. Zu dieser Mitarbeit erklären wir als Vertreter der Bergarbeiterorganisationen uns jederzeit bereit. Ich kann die Vertreter der Entente-Regierungen nur dringend bitten, uns diese Mitarbeit zu ermöglichen.

Spaa, 11. Juli. (WZB.) Die in der gestrigen Vormittags-Sitzung gehaltenen, bereits bekannten Reden des Reichsministers Simons sowie der Herren Stinnes und Hue scheinen ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Die Kohlenfachleute nahmen untereinander Fühlung. Ihre bisherigen Verhandlungen verlaufen anscheinend zufriedenstellend. Die Erörterungen in der Kohlenfrage dauern fort. Sie werden in der Nachmittags-Sitzung stattfindenden Vollversammlung eine besondere Rolle spielen. Die gestrige Nachmittags-Sitzung beschäftigte sich zum erstenmal mit den Finanzfragen und mit der Frage des Wiederaufbaues. Der Ton der Verhandlungen ließ nichts zu wünschen übrig. Im Anschluß an die Vollversammlung fanden gestern Abend und heute früh Verhandlungen der einzelnen Ressorts statt. Vormittags wurde eine Ratsitzung abgehalten.

### Eine irreführende Auffassung Lloyd Georges.

Berlin, 10. Juli. (WZB.) Wie wir hören, ist die Behauptung Lloyd Georges, die Strafbestimmungen ständen bereits in dem von den Deutschen unterzeichneten Protokoll vom 10. Januar 1920, irrig. Vor der Unterzeichnung des Protokolls wurde damals von der Entente erklärt, daß die militärischen Strafmaßnahmen selbstständig nur auf die Zeit des Waffensstillstandes sich bezögen und daß nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bestimmungen dieses letzteren an ihre Stelle treten würden. Der Friedensvertrag aber sieht als Strafmaßnahmen bei Nichterfüllung des Vertrages lediglich die Ausdehnung der Besatzungszeit, nicht aber des besetzten Gebietes vor.

### Pressestimmen.

Frankfurt a. M., 12. Juli. Der „Frkf. Ztg.“ berichtet man aus Spa: Mit allem Nachdruck muß der Meinung des „Matin“ entgegengetreten werden, der die Gefährdung fälscht, indem er schreibt, Frankreich habe die sechsmonatige Frist für die Reichswehr nur bewilligt, weil Lloyd George den Einmarsch ins Ruhrgebiet als automatisches Sanktionsmittel zugelassen habe. Das hat Lloyd George nicht getan, und es kann wohl mit großer Wahrscheinlichkeit gesagt werden, daß die englische Politik so wenig wie die italienische daran denkt, Frankreich allein oder mit anderen zusammen in den Besitz des Ruhrgebiets gelangen zu lassen. Für die Beurteilung der allgemeinen Stimmung ist es nicht ohne Interesse, daß der englische Pressedirektor Lord Riddie, der sich nicht ohne Fühlung mit Lloyd George tut, beim Dinner mit englischen Journalisten sagte, die Atmosphäre sei nun gereinigt, nachdem Deutschland zum Verfahren der Offenlegung seiner Wäcker und seiner Gedanken übergegangen sei. Das sind Worte — aber sie fielen an einer Stelle, wo sie Bedeutung haben.

Paris, 11. Juli. (WZB.) Die Morgenpresse stellt einen Umschwung in der Stimmung in Spa im Laufe der gestrigen Nachmittags-Sitzung fest. Nach dem „Matin“ trete man nunmehr in die Periode der Verhandlungen ein. Das Regime der gebietstischen Noten sei vorüber. Zwar würden die Grundzüge aufrechterhalten, aber über die Modalitäten werde man seitens der Alliierten mit dem aufrichtigen Wunsch nach einer Verständigung verhandeln. Die gestrige Rede Simons bedeute einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Konferenz. Auch St. Brice sagt im „Journal“: Die Konferenz trat nun endlich in die wirkliche Tagesordnung ein. Erstmals würden die deutschen Vorschläge zur Diskussion gestellt.

Wien, 10. Juli. (WZB.) Die gesamte Presse erkennt die überaus schwierige Lage der deutschen Vertreter in Spa und würdigt die schwerwiegenden Gründe, welche sie zur Annahme des neuerlichen Diktats der Entente in der Entwaffnungsfrage bewogen. Andererseits bezeichnen die Blätter die ersten Tage von Spa als eine große Enttäuschung, indem sie beweisen, daß bei den Siegern immer noch Haß und Verblendung vorherrschen und die schwachvollen Methoden von Versailles weiter verfolgt würden. Die Besatzungsklausel sei zudem eine willkürliche einseitige Abänderung des Versailler Vertrages zu Ungunsten des ohnmächtig am Boden liegenden gedemütigten deutschen Volkes. Die Verantwortung für die unabsehbaren Folgen dieses neuen, auf Deutschland ausgeübten Zwanges falle allein auf die Entente zurück, die trotz des Unglücks, welches Versailles schon jetzt über Europa brachte, noch immer dem Siegerwillen über Recht und Billigkeit stelle. Trotzdem nach diesem Vorgang die Anzeichen für weitere

Verhandlungen nicht günstig erschienen, drücken die Blätter doch die Hoffnung aus, daß die Entente wenigstens in den wirtschaftlichen Fragen die in Aussicht gestellten Erleichterungen zugehen werde, die bei einem jähen Abbruch in Spa sicherlich auch noch verloren gegangen wären.

Zürich, 10. Juli. Zur Entscheidung von Spa in der Entwaffnungsfrage schreibt die „Zürcher Post“, man müsse die Entwicklung abwarten und bedenken, daß in unserer jetzigen raschlebenden Zeit auch solche Beschlüsse nur provisorischen Charakter haben könnten. Der nicht mehr zu leugnende katastrophale Zusammenbruch der Polen bringe neue gewichtige Momente in die internationale Politik. Wenn aber einmal die bolschewistische Welle nahe an die deutschen Grenzen gerückt sei und die Polen als Schutzwall gegen Rußland nicht mehr zu gebrauchen wären, dann sei es leicht möglich, daß auch Lloyd George und Millerand die deutsche Entwaffnungsfrage mit anderen Augen betrachten. Bleibe freilich auch in den wirtschaftlichen Fragen das Ergebnis eine Enttäuschung, und distriere auch hier der Sieger dem Besiegten, dann sei größter Pessimismus für die weitere Entwicklung der europäischen Angelegenheiten berechtigt.

### Hue und Lloyd George.

Berlin, 11. Juli. Der „Vorwärts“ berichtet über den Stimmungsumschwung in Spa: „Während der Teepause ging Lloyd George auf Hue zu und es entspann sich folgendes Gespräch: Lloyd George: „Sie haben eine gute Rede gehalten. Sie haben auf mich einen sehr guten Eindruck gemacht.“ Hue: „Ich danke Ihnen. Hoffentlich wird sie auch gut wirken.“ Im weiteren Gespräch fragte Lloyd George Hue, ob er den englischen Arbeiterführer Reyr Gardie kenne und von seiner Erkrankung gehört habe, was Hue bejahte. Hue erinnerte Lloyd George daran, daß er 1911 mit ihm selber, sowie Reyr Gardie und Macdonald im englischen Parlament zusammengetroffen sei, worauf Lloyd George Hue wieder erkannte. Darauf verabschiedete er sich mit einem kräftigen Händedruck.

### Was die Unrigen sagen.

Staatssekretär Albert Schloß seine in gestriger Ausgabe d. V. bereits mitgeteilten Ausführungen im Haushaltsausschuß des Reichstags mit folgenden Worten: Das Abkommen enthält drei Gruppen: die Bedingungen, unter denen die Entwaffnung erfolgen soll, die Zulieferung, die die Alliierten hinsichtlich der Fristen und der Räumung des besetzten Gebietes geben und die sogenannte Sanktion. Die Sanktion ist also nicht mitunterzeichnet. Unser Außenminister hat in einer sehr ausführlichen und prägnanten Darlegung in der Sitzung den Rechtsstandpunkt der deutschen Regierung gewahrt. Lloyd George hat ausdrücklich anerkannt, daß die deutsche Delegation durch die Unterschreibung die Agende nicht anerkenne. Daß die Alliierten das Recht zum Einrücken hätten, das müßte auch aus dem Protokoll hervorgehen, da die Alliierten über die Verhandlungen feststellen, auf das wir ja keinen Einfluß haben. Es ist zwischen dem Protokoll der Agende und dem Sitzungsprotokoll, das die Alliierten feststellen, zu unterscheiden. In diesem wird der Vorbehalt der deutschen Delegation aufgenommen sein, in jenem steht darüber nichts. Alles weitere darf ich dem Reichswehrminister überlassen.

Berlin, 11. Juli. (WZB.) Reichswehrminister Gessler führte im Haushaltsausschuß des Reichstags gestern aus:

Es war überraschend nach dem Ton der letzten Note, in der die Entente jede weitere Erörterung über die Heeresfrage abgelehnt hatte, daß ausgerechnet in letzter Stunde die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurden. Es zeigte sich sofort bei der Aufnahme der Verhandlungen, daß die Entente in der Tat nicht beabsichtige, etwa eine Erörterung der Bestimmungen des Friedensvertrages in dem Sinne einzutreten, daß die von uns angestrebten Verbesserungen gewahrt würden. Lloyd George verlangte von uns in kürzester Frist einen bestimmten Plan über die Durchführung der Abrüstung. Wir legten den Herren der Entente ein möglichst genaues Zahlenmaterial vor. Daraus ergab sich, daß wir zwar bereits über eineinhalb Millionen Gewehre abgeliefert haben, daß dagegen noch 1.895.000 Gewehre im Laufe der Revolution in unbefugte Hände gekommen sind, in denen sie noch heute sind, soweit sie nicht unbrauchbar geworden sind. Lloyd George meinte, es müßten sofort die nötigen Maßnahmen durchgeführt werden, um diese Gewehre restlos zu erfassen. Es machte keinen Unterschied, ob die Reichswehr 100.000, 200.000 oder 300.000 betrage, solange noch zwei Millionen Gewehre in den Händen einer Bevölkerung seien, die auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht ausgebildet sei und infolgedessen auch jeden Augenblick wieder zu den Waffen gerufen werden könnten.

Minister Simons wies darauf hin, daß selbst England nicht in der Lage gewesen sei, aus Island alle Waffen herauszuholen. Lloyd George forderte ferner sofortige Auflösung der Einwohnerwehren, in deren Händen noch sehr viele Gewehre sein sollen, ebenso der Sicherheitspolizei. Er verlangte energisches Vorgehen gegen die bewaffnete deutsche Zivilbevölkerung. Es ist dann weiter gefordert worden, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden solle. Das konnte zugesagt werden, weil ein derartiger Entwurf bereits dem Reichstag vorliegt. Außerdem sollte alles noch in unseren Händen befindliche Kriegsmaterial zerstört werden, wogegen sich die Alliierten bereit erklärten, dem aus dem besetzten Gebiet vor sich gehenden Waffenschmuggel entgegenzutreten.

Am Nachmittag des anderen Tages wurden die formulierten Bedingungen als Memorandum vorgelegt. Minister Simons hat sofort gegen die Form protestiert und erklärt, daß wir in dieser Art, die Dinge festzulegen, nicht den Versuch einer Verständigung erblicken können, sondern lediglich die Fortsetzung des Diktats von Versailles; und daß wir deshalb alle Vorbehalte, die wir gegen das Diktat von Versailles gemacht haben, auch hier wieder machen müßten. Es ist erklärt worden, wir hätten lediglich zu entscheiden, ob wir das Protokoll unterschreiben oder nicht. Wenn wir es nicht unterschreiben, dann sei die Konferenz von Spa zu Ende.

Nun liegen die Verhältnisse so, daß effektiv von uns nichts anderes verlangt wird, als wonach wir auf Grund des Friedensvertrages von Versailles verpflichtet sind, und die Bedingungen, die uns gestellt worden sind, bedeuten effektiv nichts anderes, als die Gewährung von neuen Fristen. Deshalb lag für uns keinerlei Recht vor, die Unterzeichnung zu verweigern. Wir haben scharf den Rechtsstandpunkt zum Ausdruck gebracht, daß wir irgend eine Bestimmung wegen Verletzung der Bedingungen

unter keinen Umständen anerkennen können, weil das die Anerkennung des Friedensvertrages bedeuten würde.

Lloyd George erklärte, dann, es sei auch gar nicht beabsichtigt, von der deutschen Regierung irgend eine Erklärung nach der Richtung zu verlangen, daß wir einer Befehlshaber-Auflage zustimmen. Die Entente behalte sich das Vorrecht vor, so vorzugehen, wie sie es für nötig halte.

Auf irgendwelche Erörterung darüber, wieviel Reichswehr wir brauchen, wieviel Sicherheitswehr und Einwohnerwehr wir nötig haben, haben sich die Herren nicht eingelassen. Sie haben von uns nur einen Plan darüber gefordert, welcher Zeit wir die Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllen haben werden. Angesichts der Sachlage mußten uns natürlich auf diesen Boden stellen. Von reinen Entwaffnungs- und die Frage der Reichswehr abgesehen, sind Erleichterungen gegenüber dem Friedensvertrag, sondern nur Erleichterungen.

### Ein Angestelltenfreik bei den Berliner Rechtsanwälten.

Berlin, 11. Juli. (WZB.) Die Berliner Angestellten der Rechtsanwälte befinden sich in einer Streikbewegung. Ein Schiedsgericht ist angesetzt worden, aber ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen. Seitdem halten sich die Angestellten an den Tarif nicht mehr für gebunden. Die Rechtsanwaltschaft hat eine einstweilige Verfügung des Landgerichts erwirkt, welche dem Zentralverband der Angestellten jede Unterstützung des Streiks bei Strafe untersagt. Daraus hat sofort die Generalkommission der Gewerkschaften mobil gemacht und sichert den Angestellten die Solidarität der Arbeiterschaft, wenn dieser Eingriff in das Koalitionsrecht nicht wieder gut gemacht wird. In einer Beschlusse Sitzung beschäftigten sich heute auch die streikenden Angestellten mit der richterlichen Verfügung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Giebel bezeichnete die Gerichtsverfügung als einen Bruch der Reichsverfassung, mit der sich das Parlament zu beschäftigen haben werde und teilte mit, daß landliche Anwälte, auch die sozialdemokratischen und unabhängigen die Vertretungen der Angestellten wegen Erlaß dieser richterlichen Verfügung abgelehnt hätten, und versicherte die Angestellten der Sympathie der gesamten Arbeiterschaft, Rechtsanwalt Goldschmidt, der Sozius des unabhängigen Anwaltens, und Rechtsanwalt Cohn, verteidigte die Haltung der Anwälte. Durch das einmalige Scheitern der Verhandlungen sei der Tarif eben nicht hinfällig geworden, er bestehe weiter. Auch seien die Anwälte keine Arbeiter im landesüblichen Sinne. Die Anwälte hätten es mit dem Prestige nicht vereinbaren können, sich eine Erhöhung im Gehälter um 50 Prozent absetzen zu lassen. In der Beschlusse Sitzung hatte man für diesen Standpunkt kein Verständnis, hielt ihn aber für nicht verwunderlich, da Anwälte denselben Bildungsgang durchmachten, und man hätte, daß man mit diesen weltfremden Leuten schon fertig werden würde. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

### Der Mittellandkanal.

Die Vorlage über die Vollendung des Mittellandkanals ist nunmehr der preussischen Landesversammlung vorgegangen. Sie fordert insgesamt 306 Millionen Mark. Diese Summe sind 242,8 Millionen bestimmt für die Herstellung eines Kanals im Anschluß an den Rhein-Weser-Kanal von Wiesburg bei Hannover über Lössfeld nach Burg bei Magdeburg (Weiser-Elbe-Kanal) mit Zweigkanälen nach Hildesheim und Braunschweig. 25 Millionen sind bestimmt für den Ausbau des Elbe- und Plauer-Kanals, 10 Mill. für den Ausbau des Oder-Spre-Kanals, 10 Mill. für Verbesserung der Landeskultur in Verbindung mit den genannten Unternehmungen und 10 Millionen für den Ersatz von Grundstücken über den unmittelbaren Bedarf des Kanalbaues hinaus.

### Unsere U. S. P. entsenden eine Studienkommission nach Rußland.

Berlin, 10. Juli. (WZB.) Die Studienkommission der Unabhängigen, die aus dem Abgeordneten Crispian, Damm, Dittmann und Stöcker besteht, wird morgen nach Sowjetrußland abreisen. Laut „Berliner Tageblatt“ wird sich an der Kommission Dr. Levi anschließen. Eine aus industriellen Sachverständigen gebildete Kommission, welcher Geheimrat Deutsch von der U. S. P. und der ehemalige Staatssekretär Dr. August Müller angehören dürften, soll demnächst auch die Reise nach Rußland antreten.

### Die 10 Punkte der Dritten Internationale.

Von Moskau her und den amtlich anerkannten Vertretern Sowjetrußlands zur „Heimförderung der russischen Kriegsgefangenen“ in Berlin: Wigdor Rapp, Reich und Anwalt hat die U. S. P. D. 10 Punkte erhalten, deren Annahme und Befolgung als Bedingung für die Aufnahme in die Dritte Internationale gelten. Einige Punkte sind so weittragend und bedeuten eine solche Bedrohung des Staatsbestandes, daß man nicht an ihnen vorbeigehen darf. Am lehrreichsten sollten aber diese 10 Punkte den sozialdemokratischen Wählern sein und sie zur Besinnung und Verleugung rufen.

Die sieben wichtigsten Punkte lauten:

1. Die Diktatur bedeutet das Wegjagen der Bourgeoisie durch eine revolutionäre Vorhut im Gegensatz zu der Auffassung, daß man erst die Mehrheit bei den Wahlen haben müsse. Durch die Diktatur bekommt man die Mehrheit nicht durch die Mehrheit die Diktatur.
2. Die Diktatur bedeutet Anwendung von Gewalt und Terror.
3. Diejenigen, welche bei dem gegenwärtigen kapitalistischen Terror und dessen Grausamkeiten den Bürgerkrieg vorurteilen und vor ihm zurückschrecken, sind in Wirklichkeit reaktionär geworden.
4. Die Diktatur des Proletariats und die Herrschaft der Sowjets bringt die Notwendigkeit mit sich, dem Apparat des bürgerlichen Staates auch dann zu vernichten, wenn er republikanisch-demokratisch ist.
5. Freiheit der Presse und Versammlungsfreiheit werden bedenklich, daß man der Bourgeoisie das Recht einräumt, die öffentliche Meinung zu vergiften.
6. Die Enteignung des Kapitalismus darf nicht auf dem Wege von Reformen geschehen, sondern durch Beschlagnahme.
7. Die Unabhängigen müssen sich mit Spartakus einigen.



## Todes-Anzeige.

Heute nachmittag um 1/5 Uhr entschlief nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Tante und Schwägerin

**Emilie Lotz geb. Gapp**

im 51. Lebensjahre, was wir Verwandten und Bekannten hierdurch anzeigen.

In tiefem Schmerz

die trauernden Hinterbliebenen:

**Georg Lotz,  
Familie Carthaser.**

Oberneisen, den 12. Juli 1920.

2(158

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag um 3 Uhr statt.

### Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines gesunden  
Töchterchens zeigen an in dankbarer  
Freude

3(158

**Bankvorstand Dr. Hähner und Frau  
Maria geb. Düttmann.**

Limburg (Lahn), 12. Juli 1920

### Bekanntmachung.

Wie in zahlreichen Gärten der Stadt beobachtet worden ist, tritt die Blutlaus an den Obstbäumen recht zahlreich auf. Abgesehen davon, daß bei einem weiteren Umsichgreifen eine gute und auskömmliche Obsternte in Frage gestellt ist, so ist auch Schaden, den die Blutlaus an den einzelnen Obstbäumen anrichtet, ein ungeheurer, auf den die Obstbaumbesitzer besonders aufmerksam gemacht werden. Die Bäume entziehen den Bäumen einen großen Teil des Saftes und geben gleichzeitig einen ähnen, sozusagen giftigen Stoff, durch den Wulste und Wucherungen entstehen.

Es ergeht daher die Aufforderung an sämtliche Obstbaumbesitzer ihre Bäume einer sofortigen Kontrolle zu unterziehen und die Blutlaus gründlich zu beseitigen.

Zur Beseitigung können folgende Mittel zur Anwendung gelangen:

- a) Obstbaumkardolincum
- b) eine 50% Spiritus- oder
- c) eine 7-10% Paraffinöl-Emulsion.

Die Nichtbefolgung der vorstehenden Anordnung unterliegt nach § 34 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. 4. 1880 in Verbindung mit § 7 der Feldpolizeiverordnung für den Reg. Wiesbaden vom 6. 4. 1882 (A. Bl. S. 152) einer Bestrafung bis zu 150 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt.

Die Polizeibeamten und Feldhüter sind angewiesen, Nichtbefolgungen zur Anzeige zu bringen.

Limburg, den 7. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Solange Vorrat reicht, haben wir einige

# neue Fahrräder

Marke „Opel“

zu **M. 950 p. Stück**  
abzugeben (mit erstkl. neuem Gummi u.  
Torpedo).

17(156

Gebrauchte Räder sind stets sehr  
billig am Lager.

## Wahl & Kircher

Kettenbach-Bahnhof.

Lehrverträge zu haben in der  
Preisblatt-Druckerei.

### Für Kranke!

**E. Melcher,**  
Homöopath und Magnetopath,  
Limburg a. L., Diezstr. 74  
Sprechz. 8-12 und 1-4.  
Sonntags bis mittags.  
Bei Anfragen von auswärts  
Rückporto. 4(146

**Konrad Grim  
Limburg**

Dr. Wolffstrasse Nr. 3.

**Musikinstrumente  
und deren Bestandteile  
Saiten pp.**

**Klavierstimmen  
und  
Reparaturen.**

**Rollseile, Bindeleile,  
Seustränge, Adlerleinen,  
Bindegarne, Bindfäden,  
Drahtseile sowie sämtl. Seilerwaren**

in Ia Friedensqualität billigst.

1(153

en gros **J. Schupp** en detail  
Seilereei,

Limburg, Frankfurterstr. 15, Fernruf 277.

### Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-  
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

## Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten

und Kupfertiefdruck-Beilage  
Rundschau im Bilde

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Postbezugspreis:  
Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 9.—, vierteljährl. M. 27.—  
Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):  
monatl. M. 7.50, vierteljährl. M. 22.50  
Probenummer kosten- u. portofrei.

Auslands- und Wochen-Ausgabe

des Hamburger Fremdenblatts:

**Deutsche Uebersee-Zeitung**

reich illustriert in Kupfertiefdruck

Postbezugspreis:

für Deutschland M. 6.— vierteljährlich.

Wir versenden an uns ausgegebene Adressen

von Auslandsdeutschen Probenummer mit Tarif.

## Stuckateure und Putzer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Stundenlohn 6,45 M

**Christian Longert, Essen,**

18(156

Irngardstraße 11.

## Prima Apfelwein

abzugeben.

1(149

Küferei und Weinhandlung

**K. Gemmer,**

Austraße 1. 4, hinter der Turnhalle.

# Brauchen Sie Drucksachen

Wir fertigen Ihnen an in geschmackvoller Ausführung: Briefbogen und Kuverts, Rechnungsformulare, Rechnungsauszüge, Mahnbriebe, Mitteilungen, Postkarten u. Reise-Avis, Quittungsformulare, Lieferscheine, Lieferscheinebücher, Wechselformulare, Verlobungs-Anzeigen, Hochzeits- und Trauer-Anzeigen, Wein- u. Speisekarten, Adress- u. Visitenkarten, Preislisten, Zirkulare, Vergnügungseinladungen, Programme, Frachtbriebe, Paketadressen, Aufklebezettel, Wiegescheine, Reklametzettel, Prospekte. Preise billigst. — Auf Wunsch Entwurf-Anfertigung.

**Schlinck's Verlag**

Limburger Anzeiger, Inhaber Moritz Wagner  
Gegründet 1828, Brückengasse 11. Tel. 82.

## Oelmühle in Betrieb.

**Theodor Knapp,  
Wener.**

1(158

Kursbericht des „Limburger Anzeiger“

vom 12. Juli 1920

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börse von der  
Bank für Handel u. Industrie, Niederlassung Limburg.

|                                    | letzter Kurs | vorletzte Kurs |
|------------------------------------|--------------|----------------|
| 50% Kriegsanleihe                  | 79,1/2       |                |
| 50% Reichsschatzanweisung          | 100,1/2      |                |
| 50% Reichsschatzanweisung          | 98,70        |                |
| 50% Reichsschatzanweisung          | 97,90        |                |
| 41% „                              | 81,50        |                |
| 41% „                              | 74,50        |                |
| 41% Reichsanl.                     | 70,1/2       |                |
| 31% „                              | 62,1/2       |                |
| 30% „                              | 60,—         |                |
| 40% Preuß. Consols                 | 69,1/2       |                |
| 31% „                              | 60,—         |                |
| 30% „                              | 56,—         |                |
| 40% Babilische Anleihe             | 80,1/2       |                |
| 40% Bayer. Staatsanleihe           | 86,1/2       |                |
| 41% Hamburger Staatsanleihe        | 96,—         |                |
| 40% Hessische Anleihe              | 84,—         |                |
| 40% Sächsische Anleihe             | 87,1/2       |                |
| 40% Württembergische Anleihe       | 40,1/2       |                |
| 40% Oester. Gold-Rente             | —            |                |
| 41% „ Silber-                      | —            |                |
| 40% Russische Anleihe von 1902     | —            |                |
| 41% „ Staatsanleihe                | 108,1/2      |                |
| 40% Ländliche Anleihe (Bagdadbahn) | 59,—         |                |
| 40% Ung. Gold-Rente                | 29,—         |                |
| 40% Kronen-Rente                   | 100,10       |                |
| 40% Hoff. Landes-Pap. St. Pfdbf.   | 100,—        |                |
| 40% Nassau. Landes-Pf. Obl.        | 98,—         |                |
| 31% „                              | 82,—         |                |
| 30% „                              | 98,30        |                |
| 40% Rheinprovinz. Anl.             | —            |                |
| 40% Anleihe der Stadt Darmstadt    | 111,—        |                |
| 40% „ „ Frankfurt a. M.            | 96,1/2       |                |
| 40% „ „ Mannheim                   | 99,—         |                |
| 40% „ „ Wiesbaden                  | 100,60       |                |
| 40% Frankf. Hyp. St. Pfdbf.        | 80,60        |                |
| 31% „ „ Kred. Ser. Pfdbf.          | 98,1/2       |                |
| 40% Meiningen. Hyp. St.            | 98,1/2       |                |
| 40% Preuß. Pfandbrief St.          | 96,—         |                |
| 40% Rhein. Hyp. St.                | 100,20       |                |
| 40% Westdeutsche Bod. Kred.        | 99,—         |                |
| 41% „ Suderw. Oblig.               | 108,—        |                |
| 40% „ „ Pfdbf.                     | —            |                |
| 41% „ „ Pfdbf.                     | —            |                |
| 41% „ „ Pfdbf.                     | 149,1/2      |                |
| Reichsbank Aktien                  | 151,—        |                |
| Darmstädter Bank Aktien            | 259,1/2      |                |
| Deutsche Bank                      | 118,—        |                |
| Disconto Commandit Akt.            | —            |                |
| Dresdner St. Aktien                | 141,1/2      |                |
| Mitteldeutsche Kreditbank Aktien   | 302,—        |                |
| Bochumer Bergbau-Aktien            | 262,—        |                |
| Südwest. Eisenwerke                | 285,—        |                |
| Deich. Berg. Bergw.                | 300,—        |                |
| Gelsenl. Berg.                     | 315,—        |                |
| Harpen. Bergbau                    | 428,—        |                |
| Phönix Berg                        | 184,1/2      |                |
| Hamb. Amerik. Paketf. Aktien       | 180,—        |                |
| Norddeutscher Lloyd                | 299,—        |                |
| Allgem. Elektr. Ges.               | 280,—        |                |
| Aderswerth. vorm. Meyer            | 600,—        |                |
| Chem. Albert-Werke                 | 345,—        |                |
| Barbar. Pfdbf.                     | —            |                |